



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 30.09.2019

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020
am Donnerstag, dem 12.09.2019, 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Frau Dresler-Graf
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Frank Hauser	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Albat	SPD
Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen

Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Dr. Barbara Möhlendick	Dezernat V-7 Koordinationsstelle Klimaschutz
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Frau Lena Zlonicky	Stadtplanungsamt	zu TOP 5.1
Frau Anne Eisgruber	Stadtplanungsamt	zu TOP 5.1
Frau Senta Claire Verroul	Stadtplanungsamt	zu TOP 5.1
Herr Thilo Bosse	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	zu TOP 7.1

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU
---------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz	GUT
Herr Matthias Büschges	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Verwaltung

Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
------------------------------	---------------------------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Anschließend macht er auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.3, 1.4, 1.8 und 1.9 im AUG werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Da im Betriebsausschuss nur zwei TOPs auf der TO stehen und aus besonderem Anlass, bittet die Verwaltung, den Betriebsausschuss heute vorzuziehen.

Die Vorschläge zur aktuellen Tagesordnung finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend

Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln – Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?
AN/1310/2018

1.1.1 Erste Beantwortung der Anfrage
0115/2019

1.1.2 Zweite Beantwortung der Anfrage
2255/2019

1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend

Händlerverzeichnis der Wochenmärkte und Plastiktütenbann
AN/0133/2019

1.2.1 Erste Beantwortung der Anfrage
1157/2019

1.2.2 Zweite Beantwortung der Anfrage
3041/2019

1.3 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend

Gebühren für ordnungswidriges Wegwerfen – plant auch Köln eine Erhöhung?
AN/0631/2019

1.4 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend

Rather See - Umwelt schützen!
AN/0934/2019

- 1.5 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Umweltmaut für Köln
AN/0940/2019
- 1.5.1 Beantwortung der Anfrage
2440/2019
- 1.6 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Plastic Roads
AN/1069/2019
- 1.6.1 Beantwortung der Anfrage
2826/2019
- 1.7 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Bushaltestellen für Bienen begrünen
AN/1070/2019
- 1.7.1 Bushaltestellen für Bienen begrünen
Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
AN/1070/2019
3115/2019
- 1.8 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Digitalisierung und Umweltbildung: QR-Code statt Infotafel?
AN/1073/2019
- 1.9 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke
Gesundes und klimagerechtes Wohnen in Köln – Wo steht Köln auf dem Weg
zur „Klimawandelgerechten Metropole“?
AN/1161/2019
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 2.1 Antrag der FDP-Fraktion
betreffend
Klimaschutz durch Kooperation
AN/1072/2019
- 3 Kommunaler Klimaschutz**
- 3.1 Jahresbericht 2018 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1975/2019

3.2 Stadtradeln 2019
2831/2019

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

4.1.1 Lieferung von Kinderspielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör
1752/2019

4.1.2 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere
1851/2019

4.1.3 Anpassung der Zuständigkeitsordnung
hier: Anpassung Wertgrenze Finanzausschuss und redaktionelle Korrekturen
1936/2019

4.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Stadtbezirk Rodenkirchen
2009/2019

4.1.5 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Stadtbezirk Ehrenfeld
2295/2019

4.1.6 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Bezirk Chorweiler
2318/2019

4.1.7 Dauerkleingartenanlage (DKA) Klettenberg
Erneuerung der Wasserleitung
2694/2019

4.1.8 Baubeschluss zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen
3043/2018/1

4.1.8.1 Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Baubeschluss zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen 43/2018/1
AN/1239/2019

4.1.9 Neuwahl eines ordentlichen und ggf. eines stellvertretenden Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde
2764/2019

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

- 4.2.1 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Porz 1952/2019
- 4.2.2 Zustimmung zum Abschluss eines Rahmenvertrags für den zentralen Pflanzeneinkauf der Stadt Köln 2100/2019
- 4.2.3 Bauvorhaben Mennweg o. Nr. : Errichtung von zwei landwirtschaftlichen Hallen für die Verarbeitung und Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten und einer offenen Remise zum Unterstellen von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Geräten

hier: Widerspruchsverfahren nach § 75 LNatSchG i.V.m. § 67 BNatSchG 2636/2019

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 5.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Bauliche Erweiterung Blaue Funken/Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Neustadt/Süd
Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan), Redaktionelle Änderung des Einleitungsbeschlusses 2532/2019

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln 0621/2019
- 7.2 Neue Kölner Statistik 3/2019 - Kraftfahrzeuge 1967/2019
- 7.3 Neues IT-System für die Grenzkontrollstelle Flughafen Köln-Bonn 2724/2019
- 7.4 Kiosk Rheinboulevard 2880/2019

- 7.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage des RM Kockerbeck im Bauausschuss vom 01.07.2019
hier: Frage des RM Kockerbeck zu einem Gutachten Los 5, südliche Böschung 2483/2019
- 7.6 Planungssicherheit für die Sportvereine – Sicherung des Kunstrasenprogramms 2606/2019
- 7.7 Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025
2980/2019
- 7.8 Bußgelderhöhung für das Wegwerfen von Zigarettenkippen
2618/2019
- 7.9 Bilanz der Kommission zur Stärkung der Bezirke
3067/2019

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 12.1 Vergabe und Abrechnung von freiberuflichen Leistungen im Umwelt- und Verbraucherschutzamt (-57-)
1346/2019

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Hierzu liegt nichts vor.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend

**Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln – Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?
AN/1310/2018**

1.1.1 Erste Beantwortung der Anfrage 0115/2019

1.1.2 Zweite Beantwortung der Anfrage 2255/2019

SB Herr Becker drückt namens der SPD-Fraktion Erstaunen darüber aus, dass die Entscheidung, eine der beiden Möglichkeiten - Papierhandtücher oder Kaltlufthändetrockner – zu wählen, anscheinend den Nutzern überlassen und nicht eine favorisiert werde. Er fragt, nach welchen Kriterien die Entscheidungen getroffen werden.

Herr Dr. Rau sagt eine Weiterleitung der Nachfrage an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit dem Ziel einer Beantwortung zu.

Die Anfrage wird auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gesetzt.

1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT betreffend Händlerverzeichnis der Wochenmärkte und Plastiktütenbann AN/0133/2019

1.2.1 Erste Beantwortung der Anfrage 1157/2019

1.2.2 Zweite Beantwortung der Anfrage 3041/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftlichen Beantwortungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend
Gebühren für ordnungswidriges Wegwerfen – plant auch Köln eine Er-
höhung?
AN/0631/2019**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.4 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Rather See - Umwelt schützen!
AN/0934/2019**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.5 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Umweltmaut für Köln
AN/0940/2019**

**1.5.1 Beantwortung der Anfrage
2440/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

**1.6 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Plastic Roads
AN/1069/2019**

**1.6.1 Beantwortung der Anfrage
2826/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

**1.7 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Bushaltestellen für Bienen begrünen
AN/1070/2019**

**1.7.1 Bushaltestellen für Bienen begrünen
Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
AN/1070/2019
3115/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

**1.8 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Digitalisierung und Umweltbildung: QR-Code statt Infotafel?
AN/1073/2019**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.9 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke
Gesundes und klimagerechtes Wohnen in Köln – Wo steht Köln auf dem
Weg zur „Klimawandelgerechten Metropole“?
AN/1161/2019**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der FDP-Fraktion
betreffend
Klimaschutz durch Kooperation
AN/1072/2019**

SB Herr Dr. Albach begründet den Antrag. Es gehe darum, Klimaschutz ergebnisorientiert weiterzubringen und dies zu dokumentieren, so dass man schneller vorankomme. Wichtig sei, keine Alleingänge zu unternehmen.

SB Herr Becker stimmt Herrn Dr. Albach grundsätzlich zu, wenn man die Punkte einzeln betrachte. Er wendet jedoch ein, dass der Aufwand für alle Punkte insgesamt in keiner Relation zum Ergebnis stehe. Er schlägt vor, die Verwaltung um eine Stellungnahme zu diesem Antrag zu bitten und den Antrag bis dahin zurück zu stellen.

RM Frau Welcker bewertet es nicht gut, die Verwaltung mit Fleißarbeit zu belasten. Für sie sei dies zu viel Bürokratie, ohne damit einen Mehrwert zu generieren und binde große Kapazitäten. Um einen optimal wirkenden Klimaschutz aufzustellen, gebe es sicherlich noch viel zu tun, aber dies sei nicht der Ansatz, den sie befürworte.

Sie regt an, sich fraktionsintern zusammensetzen und Informationen zu erhalten, um weitere vernünftige Klimaschutzmaßnahmen zu erarbeiten.

Herr Dr. Rau informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die Verwaltung derzeit mit Nachdruck die Umsetzung der vom Rat im Rahmen des Klimanotstandes beschlossenen Maßnahmen in Angriff nehme. Unter anderem handle es sich um Gespräche mit dem Stadtwerkekonzern im Hinblick auf einen Gesamtfahrplan in Richtung „Klimaneutrales Köln 2050“, was sich fast zu einem „Jahrhundertprojekt“ entwickle.

Er hoffe, dem Ausschuss noch im laufenden Jahr eine Mitteilung zum Sachstand und in absehbarer Zeit den Fahrplan zum „Klimaneutralen Köln“ zur Beschlussfassung vorlegen und die im Antrag aufgeworfenen Fragen klären zu können. Er appelliere daher an den Ausschuss Umwelt und Grün, der Verwaltung die Zeit bis zur Mitteilung einzuräumen und die Verwaltung an diesem „Fahrplan“ arbeiten zu lassen.

RM Frau Akbayir befürchtet, dass der Antrag zu fachspezifisch sei und daher an vielen Menschen, die sich um die Auswirkungen des Klimawandels sorgten, vorbeigehe.

Sie befürwortet den Vorschlag von Herrn Becker, zunächst eine Stellungnahme von der Verwaltung einzuholen und dann über den Antrag zu entscheiden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe wendet sich an Herrn Dr. Albach und fragt, ob er den Antrag aufrecht halten oder zurückziehen wolle.

SB Herr Dr. Albach hält den Antrag aufrecht.

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung

1. mit integrierter Darstellung der Klimawirkung der vom Rat bereits beschlossenen Maßnahmen zum Luftreinhalteplan, der abgesprochenen Verkehrsprojekte Köln-Bergisch Gladbach, der aktuellen Beschlusslage zum regionalen Nahverkehrskonzept, der Lärminderungsplanung und des beschlossenen Aufbaus der Elektro-Ladestruktur.
2. mit der, wie im Konzept der nachhaltigen Entwicklung gefordert, Darstellung der sozialen Folgen von Klimaschutzmaßnahmen inklusive der Auswirkungen auf möglicherweise notwendige Maßnahmen der Jugend- und Sozialpolitik.
3. mit der jährlichen Publikation klimarelevanter Daten im Kölner Zahlenspiegel³ parallel zu den Daten zur sozialen und ökonomischen Entwicklung der Stadt.
4. mit der Aufstellung einer Projektgruppe im Rahmen des Industrieforums, die dem Rat die Nutzung von Überschuss-Wärme und Überschuss-Energieträgern wie Wasserstoff in und um Köln für die Energieversorgung der Stadt darstellt. Eine Kooperation mit den Nachbargemeinden ist dabei ausdrücklich gewünscht.
5. mit der Darstellung der Ergebnisse des SmartCity-Projektes und Vorschlägen zur Ausweitung auf die gesamte Stadt inklusive der notwendigen Vorschläge für den zugehörigen Finanzbedarf im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung.
6. mit dem Aufbau eines strukturierten Ausbaus des Smart-City-Netzwerkes mit Partnerstädten, die entweder selbst in diesem Bereich erfolgreich arbeiten (Tel Aviv), und solchen, die von Köln profitieren könnten (Bethlehem, Tunis).
7. mit der Entwicklung eines Planes auf Basis der schon kommunizierten ersten Erfolge, wie das internationale Netzwerk der Stadt über SmartCity hinaus zu einer Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz entwickelt werden kann und so z. T. durch Technologieaustausch noch effizienter Klimagase reduziert werden können.
8. mit der schnellstmöglichen Präzisierung der von der Regio KölnBonn präsentierten Klimawandelvorsorgestrategie für das Stadtgebiet Köln.
9. Mit der Darstellung, welche Ressourcen in Verwaltung und von der Stadt beherrschten Unternehmen zur Umsetzung dieser Maßnahmen zu kooperativem Umweltschutz zusätzlich notwendig sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

³ https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-standardinformationen/zahlenspiegel_d_10-2018_bfrei.pdf

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Jahresbericht 2018 der Koordinationsstelle Klimaschutz 1975/2019

Auf Nachfrage von RM Frau Welcker, zu den Gründen für die geringen Antragszahlen zur Wohnbausanierung verweist Frau Dr. Möhlendick auf den aktuellen Bericht zum Altbausanierungsprogramm, der in der letzten Ausschusssitzung zur Kenntnis gegeben wurde.

Das Programm habe erst im Oktober 2018 begonnen und wurde damals von einer Person bearbeitet. Inzwischen seien bis heute nahezu 300 Anträge eingegangen, für deren Bearbeitung jetzt zwei Personen zuständig seien. Insbesondere die Nachfrage nach Sanierungsberatung sei gestiegen und habe sich bei der Partnerverbraucherzentrale verdreifacht.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick zur Kenntnis.

3.2 Stadtradeln 2019 2831/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

4.1.1 Lieferung von Kinderspielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör 1752/2019

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf eines Abrufvertrages zur Beschaffung von Spielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör für das Amt für Kinder, Jugend und Familie, das Amt für Wohnungswesen und das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.2 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere 1851/2019

RM Frau Welcker meldet Beratungsbedarf der CDU-Fraktion an und bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung am 10.10.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.3 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Anpassung Wertgrenze Finanzausschuss und redaktionelle Korrekturen 1936/2019

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Stadtbezirk Rodenkirchen 2009/2019

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschließt, einen Teil der vom Rat im Haushaltsplan 2019 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Landschaftspflegerische Maßnahmen im Stadtteil Meschenich – Detailmaßnahmen werden zum späteren Zeitpunkt entschieden	50.000,00 €
Folgende Maßnahmen, sollen wie folgt umgesetzt werden:	
Köln-Rondorf: 2 Seniorenbänke, Standorte angemeldet von der Dorfgemeinschaft Rondorf-Hochkirchen-Höningen e. V.	5.000,00 €

Köln-Rondorf, Kinderspielplatz Sperberweg: 6 marode Bänke gegen 4 neue Bänke, incl. Unterpflasterung austauschen	10.000,00 €
Jahrespflege Maternusplatz	10.000,00 €
Jahrespflege Rodenkirchener Hauptstr. (Bürgerverein)	5.000,00 €
Park am Rosenzweigweg: für diverse Maßnahmen - insbesondere aber für den Rampenumbau, die Bankunterpflasterungen, Heckenneupflanzung, usw.	21.500,00 €
Vorgebirgspark: Frischwasserleitung und Hydrant zur Befüllung Wasserbecken und Wässerung Staudenbeete	15.000,00 €
Vorgebirgspark: 3 Gitter-Bank-Tisch-Kombinationen, incl. Unterpflasterung, aufstellen	15.500,00 €
Vorgebirgspark: Bereich Basketballplatz, gepflasterter Sitzbereich mit Natursteinblöcken (Landschaftsbank)	7.500,00 €
Krokuspflanzungen als erste Insekten-Nektarspende im Jahr, z. B. Raderthalgürtel Mittelstreifen, in Maschinenausführung	5.500,00 €
Sürther Friedhof, Anschubfinanzierung Restaurierung der Friedhofmauer zur Kölnstraße	5.000,00 €
	100.000,00 €

Die Aufwendungen stehen im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzelle 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 100.000,00 Euro für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- u. Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzelle 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.5 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Stadtbezirk Ehrenfeld 2295/2019

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt, einen Teil der vom Rat im Haushaltsplan 2019 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
Baumscheiben reloaded: blühende Oasen im Stadtbezirk Ehrenfeld – Gestaltung und Pflege von Baumscheiben im Stadtbezirk, Antrag des eva e.V. vom 22.02.2019.	30.800,00
Summe:	30.800,00

Die Aufwendungen stehen im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzelle 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 30.800,00 Euro für die von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- u. Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzelle 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.6 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Bezirk Chorweiler 2318/2019

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Chorweiler hat in ihrer Sitzung am 27.06.2019 beschlossen, die vom Rat im Haushaltsplan 2019 für das Haushaltsjahr 2019 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für Maßnahmen zum Stadtklima / zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss vom 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für folgende Maßnahmen zur Verfügung zu stellen:

Die Bezirksvertretung Chorweiler beschließt je 75 000 € aus den Mitteln des Stadtverschönerungsprogramms 2019 für zwei Bewegungsparcours zu verwenden.

Die Anwohner und Nutzer sollen bei der Auswahl der Geräte im Bewegungsparcours mit einbezogen werden. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert die Projekte in Öffentlichkeitsbeteiligungen vorzustellen und die aufzustellenden Geräte gemeinsam mit der Bevölkerung auszuwählen.

Die Standorte werden wie folgt festgelegt:

1. Zwischen Chorweiler Nord und Blumenberg, in der Umgebung der Skateranlage
 2. Im Ortsteil Köln-Langel, neben dem Spielplatz am Hitdorfer Fährweg/Am Königsweg- Nähe Fähre
- a) Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die von der Bezirksvertretung Chorweiler beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2019 zur Verfügung.
- b) Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.7 Dauerkleingartenanlage (DKA) Klettenberg Erneuerung der Wasserleitung 2694/2019

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt der Bezirksvertretung Lindenthal, wie folgt zu beschließen:

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal (BV 3) beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung des Wasserleitungsnetzes in der Dauerkleingartenanlage (DKA) „Alt- und Neukomarweg“ in Köln-Klettenberg mit städtischen Gesamtkosten von 1,94 Mio. €.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt gem. § 85 Abs. 1 GO NW die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung (VE 2020) in Höhe von 1,167 Mio. € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-3-8600 / DKA Klettenberg, Erneuerung Wasserleitung, Hj. 2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.8 Baubeschluss zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen 3043/2018/1

**4.1.8.1 Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Baubeschluss zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen 43/2018/1
AN/1239/2019⁴**

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe verweist auf den gemeinsamen Änderungsantrag.

SB Herr Becker gibt zu Protokoll, dass die Beauftragung der Gebäudewirtschaft mit einer Vorplanung und Kostenabschätzung für den Ausbau des Schweinestalls nicht zu einer Kostenerhöhung und Zeitverzögerung der Erweiterung und Instandsetzung der Waldschule führen dürfe.

Die Verwaltung solle im Ausschuss Gebäudewirtschaft eine entsprechende Erklärung abgeben.

Herr Becker bittet die Schriftführung, die Anmerkung zu Protokoll zu nehmen und bittet die mitbeantragenden Fraktionen um Bestätigung, dass man hinsichtlich dieser Protokollnotiz einer Meinung sei.

RM Herr Brust bestätigt dies und erklärt, dass man die Gelegenheit nutzen wollte, die Vorlage etwas zu erweitern, weil bei der Planung der Waldschule das Bildungszentrum noch nicht existierte. Das Bildungszentrum habe keine eigenen Räumlichkeiten und wenn man das Bildungsangebot ausdehnen wolle, müssen auch zusätzliche Räume geschaffen werden.

SB Herr Dr. Albach ist namens der FDP-Fraktion mit dem Änderungsantrag sehr einverstanden. Er bittet die Verwaltung, bei Ausweitung der Kapazitäten einen Sachstandsbericht zur Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr abzugeben.

SE Frau Reiff begrüßt im Namen der Seniorenvertretung den weiteren Ausbau der Waldschule. Sie spricht sich wie ihr Vorredner für eine bessere Erreichbarkeit der Waldschule aus.

Die Seniorenvertretung lege großen Wert darauf und habe in allen Ausschüssen und durch Gespräche mit der KVB versucht, endlich eine gute Lösung zu erreichen.

Sie bittet den Ausschuss Umwelt und Grün, sich ebenfalls für eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr einzusetzen. Wenn für die Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule fast eine Million Euro ausgegeben werde und diese mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar sei, sei das Geld „in den Wald geschmissen“.

Die Mitglieder des Ausschusses zollen dem Beitrag von Frau Reiff zustimmenden Beifall.

Herr Peschen informiert darüber, dass das Thema durch eine Vorlage im Verkehrsausschuss angestoßen worden sei. Da der Landesbetrieb Straßenbau es aufgrund bestimmter großer Vorhaben in der Region nicht schaffe, die Waldschule an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden, setze sich jetzt das zuständige Fachamt intensiv

⁴ Anm.: Herr Schallehn hat weder an der Beratung noch an der Abstimmung zur Vorlage und zum Änderungsantrag teilgenommen.

für eine eigene Lösung ein. Er werde den Beschluss aus dem Verkehrsausschuss der Niederschrift beifügen.⁵

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen:

Beschluss

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt das Vorhaben zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen. Die voraussichtlichen Kosten betragen rund 957.000 Euro. Davon entfallen auf die Erweiterung der Waldschule rund 607.000 Euro, die im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft vorfinanziert werden und durch den städtischen Haushalt refinanziert werden müssen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Entwurfsplanung die Ausbauplanung zu beauftragen und die Maßnahme umzusetzen. Außerdem beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung mit der Instandsetzung der Waldschule, die im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln finanziert wird.

Mittlerweile hat das weiterführende Schul- und Umweltbildungsangebot des Umweltbildungszentrums Heideportal Gut Leidenhausen so stark zugenommen, dass weitere Mehrzweck- und Seminarräume erforderlich sind. Daher wird die Gebäudewirtschaft beauftragt in Zusammenarbeit mit Umweltbildungszentrum Leidenhausen eine Vorplanung mit Kostenschätzung (LPh2) für Seminar- und Mehrzweckräume im „Schweinestall“ auf Gut Leidenhausen schnellst möglich, spätestens aber bis Ende 2020, vorzulegen. Die im Konzept zum Umweltbildungszentrum vorgesehenen weiteren Büroräume in der „ehemaligen Arbeiterunterkunft (links neben dem Herrenhaus)“ sollen schnellst möglich für eine Büronutzung des Umweltbildungszentrums saniert werden.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Refinanzierung der Erweiterung der Waldschule in Höhe von weiteren 377.000 Euro im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021 im Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Haushaltsjahr 2022, sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Anschließend stellt er den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt das Vorhaben zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen. Die voraussichtlichen Kosten betragen rund 957.000 Euro. Davon entfallen auf die Erweiterung der Waldschule rund 607.000 Euro, die im Wirtschaftsplan der

⁵ Der Auszug aus dem Verkehrsausschuss ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Der Rat hat am 26.09.2019 unter TOP 10.12 „Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes auf Kölner Stadtgebiet: Verlängerung der Buslinie 423; 2261/2019“; der Beschlussvorlage in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 10.09.2019 und des Finanzausschusses vom 23.09.2019 einstimmig zugestimmt.

Gebäudewirtschaft vorfinanziert werden und durch den städtischen Haushalt refinanziert werden müssen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Entwurfsplanung die Ausbauplanung zu beauftragen und die Maßnahme umzusetzen. Außerdem beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung mit der Instandsetzung der Waldschule, die im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln finanziert wird.

Mittlerweile hat das weiterführende Schul- und Umweltbildungsangebot des Umweltbildungszentrums Heideportal Gut Leidenhausen so stark zugenommen, dass weitere Mehrzweck- und Seminarräume erforderlich sind. Daher wird die Gebäudewirtschaft beauftragt in Zusammenarbeit mit Umweltbildungszentrum Leidenhausen eine Vorplanung mit Kostenschätzung (LPh2) für Seminar- und Mehrzweckräume im „Schweine Stall“ auf Gut Leidenhausen schnellst möglich, spätestens aber bis Ende 2020, vorzulegen. Die im Konzept zum Umweltbildungszentrum vorgesehenen weiteren Büroräume in der „ehemaligen Arbeiterunterkunft (links neben dem Herrenhaus)“ sollen schnellst möglich für eine Büronutzung des Umweltbildungszentrums saniert werden.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Refinanzierung der Erweiterung der Waldschule in Höhe von weiteren 377.000 Euro im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021 im Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Haushaltsjahr 2022, sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anm.: Herr Schallehn hat weder an der Beratung noch an der Abstimmung zur Vorlage und zum Änderungsantrag teilgenommen.

4.1.9 Neuwahl eines ordentlichen und ggf. eines stellvertretenden Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde 2764/2019

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das ordentliche Beiratsmitglied Herrn Georg Kurella auf Vorschlag des Landesjagdverbandes NRW e.V.

Herrn Adalbert Fuchs

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

4.2.1 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Porz 1952/2019

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe weist auf die kurzfristig eingegangene Anregung eines Bürgers hin, entgegen des Verwaltungsvorschlags doch eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorzusehen. Er macht auf den Vertreter der Verwaltung, Herrn Figgen, aufmerksam, der dazu eine mündliche Stellungnahme abgeben wolle.

SB Herr Becker bemerkt, in der Vergangenheit sei bereits darüber diskutiert worden, dass einerseits auf dem Friedhof viel Platz zur Verfügung stehe, andererseits die Grabfelder ziemlich verdichtet erscheinen. Daher sei es eine Überlegung wert, in der zukünftigen Planung etwas großzügiger zu sein.

Herr Figgen erläutert, weshalb die Stadtverwaltung bei ihrem ursprünglichen Vorschlag bleibe, keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Die Errichtung dieser Kooperationsgrabfelder erfolge gemäß § 27 Absatz 2 der Friedhofssatzung der Stadt Köln im Rahmen einer Dienstleistungskonzession. Hierbei bewerben sich fachlich qualifizierte Partner mit ihren eigenen Gestaltungskonzepten. Diese Konzepte tragen den Wünschen und Anforderungen der „Kunden“ Rechnung, wie die Nachfrage nach Begräbnisstätten innerhalb dieser Bestattungsform zeige. Anzumerken sei, dass die Herrichtung der Kooperationsgrabfelder und deren Unterhaltung durch die Konzessionsnehmer auf eigene Rechnung und eigenes Risiko erfolgten.

Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens sei konkret geregelt, dass über die vom Kooperationspartner erstellte, konkrete Gestaltungsplanung das zuständige Beschlussorgan der Stadt Köln entscheide – derzeit der Ausschuss für Umwelt und Grün des Rates der Stadt Köln. Dies ergebe sich aus der vom Ausschuss für Umwelt und Grün und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im September 2015 beschlossenen Modifikation des Kooperationsmodells auf städtischen Friedhöfen (Session-Vorlage 2112/2015).

Hinsichtlich der Anregung von Herrn Becker informiert Herr Figgen darüber, dass in der Vergangenheit die Bestattungsgärten teilweise sehr dicht gestaltet worden seien und im Nachgang immer mal wieder Vorstöße gekommen seien, aus einer nicht verkauften Sargstelle vier oder fünf Urnenstellen zu machen, was von den Mindestplatzanforderungen möglich gewesen wäre. Die Verwaltung habe mit der Genossenschaft der Friedhofsgärtner gesprochen und darum gebeten, die Flächen deutlich großzügiger zu gestalten.

Herr Figgen macht noch einmal deutlich, dass die Friedhofsgärtner die Gärten auf eigenes wirtschaftliches Risiko betreiben. Aufgrund der variierenden örtlichen Gegebenheiten, wie die Größe des Friedhofs oder erhaltenswerter Baumbestand, mache die Verwaltung allerdings keine allgemeinen Flächenvorgaben. Grundsätzlich würden die Mindestabstandsflächen oder Mindestmaße auf den Kooperationsgrabfeldern in den Bestattungsgärten so, wie auf den städtischen Grabfeldern eingehalten.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Figgen für die mündlich vorgetragenen Äußerungen und lässt zunächst über die Verwaltungsvorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgrabfeld auf Flur 031 des Friedhofs Porz.

Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des zuletzt vom Ausschuss für Umwelt und Grün sowie vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) im August 2015 beschlossenen Kooperationsvertrages (Beschlussvorlage Nr. 2112/2015) abgewichen wird, diesen dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende den Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung, keine Öffentlichkeitbeteiligung durchzuführen.

Beschluss:

Eine Öffentlichkeitsbeteiligung wird nicht durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2.2 Zustimmung zum Abschluss eines Rahmenvertrags für den zentralen Pflanzeneinkauf der Stadt Köln
2100/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stimmt der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung als Basis für den Abschluss von Bereitstellungsvereinbarungen für zwei Jahre, mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre, für den Einkauf von Baumschul- und Staudengärtnererzeugnissen des landschaftsgärtnerischen Bedarfs unter Anerkennung des Bedarfs und der Kostenschätzung zu. Auf den elektronischen Handelsplatz wird verzichtet.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün verzichtet auf einen Vergabebeschluss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2.3 Bauvorhaben Mennweg o. Nr. : Errichtung von zwei landwirtschaftlichen Hallen für die Verarbeitung und Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten und einer offenen Remise zum Unterstellen von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Geräten
hier: Widerspruchsverfahren nach § 75 LNatSchG i.V.m. § 67 BNatSchG 2636/2019**

Herr Peschen weist auf den Auszug aus der Sitzung des Naturschutzbeirates hin.

RM Herr Brust zeigt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Verständnis für den Wunsch des Landwirtes, da dieser eine derartige Halle brauche. Nicht nachvollziehbar sei, weshalb es vier Jahre gedauert habe, nachdem der Landwirt den ersten Antrag gestellt habe, bis die Entscheidung dem Ausschuss Umwelt und Grün vorgelegt werde. Ebenso sei nicht verständlich, weshalb das Umweltamt seinen Wunsch an einer anderen Stelle abgelehnt und jetzt diese Stelle vorgeschlagen habe, die wiederum vom Beirat abgelehnt worden sei.

Herr Brust fragt nach den Gründen für diese Entscheidung und kündigt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Herr Peschen sichert zu nachzuforschen und dem Ausschuss zu berichten.

RM Frau Welcker kündigt für die CDU-Fraktion Zustimmung zur Vorlage an. Sie bittet, die Höhere Naturschutzbehörde anzuregen, klare Kriterien hinsichtlich der Umgangsweise mit derartigen Verfahren anzuwenden. Die CDU-Fraktion wolle die regionale Landwirtschaft stärken. Das sei nur möglich, wenn der Landwirt die dafür notwendigen Maschinenparks etc. vorhalten könne und sich auf klare Richtlinien zu Befreiungstatbeständen verlassen könne.

SB Herr Becker schließt sich in allen Punkten seiner Vorrednerin an kündigt daher für die SPD-Fraktion ebenfalls Zustimmung an.

SB Herr Dr. Albach bewertet es positiv, dass durch den Ausgleich zusammenhängende Flächen vergrößert werden. Er fragt, ob es sich um Teile des Naturschutzgebietes handle bzw. sich das NSG dadurch vergrößere. Auch er betont, dass das Kühlen und Verpacken von frisch geerntetem Obst und Gemüse zur Landwirtschaft gehöre und eine rechtliche Unsicherheit nicht nachvollziehbar sei.

Herr Peschen antwortet, dass die erweiterte Fläche unter Schutz stehe. Er werde sich schnellstmöglich mit der Höheren Naturschutzbehörde in Verbindung setzen, um eine klare Entscheidung zur zukünftigen Verfahrensweise zu erhalten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün hält den Widerspruch des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde für unberechtigt und stimmt einer Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NW mit der Folge zu, dass die Untere Naturschutzbehörde den Vorgang der Bezirksregierung Köln zur abschließenden Entscheidung vorzulegen hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Bauliche Erweiterung Blaue Funken/Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Neustadt/Süd Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan), Redaktionelle Änderung des Einleitungsbeschlusses 2532/2019

RM Herr Walter weist auf Anlage 3.1 zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und dort auf die Stellungnahme aus der Öffentlichkeit unter 2.2 hin.

Da 5 Bäume gefällt werden müssen, sei des Öfteren im Ausschuss Umwelt und Grün ein Ausgleich in Form von Dach- und Fassadenbegrünung gefordert worden. Hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung zu 2.2 möchte die SPD-Fraktion wissen, welche Konsequenzen daraus erwachsen und ob die Blauen Funken - z. B. per Baugenehmigung - verpflichtet werden, den geforderten Ausgleich vorzunehmen oder ob es sich bei der Stellungnahme der Verwaltung nur um einen Vorschlag handle.

Frau Eisgruber antwortet, dass man sich derzeit in einem geregelten Verfahren befindet, in dem die Auswirkungen der Planungen auf die Umwelt und auf das vorhandene Grün (Grünfläche und Bäume) im Rahmen der Umweltprüfung betrachtet werden.

Konkret bedeute dies, dass ein landschaftspflegerischer Fachbeitrag erarbeitet werde. In diesem werden die Eingriffe im Rahmen der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung bewertet und ein Ausgleichskonzept entwickelt. Dieses Ausgleichskonzept beinhaltet auch Maßnahmen hinsichtlich der Fassaden- und Dachbegrünung. Diese Maßnahmen werden vorgeschlagen und haben Einfluss auf den Bebauungsplan. An die Festsetzungen im Bebauungsplan müsse sich der Vorhabenträger halten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beauftragt die Verwaltung, den Vorhabenträger aufzufordern, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes gemäß Anlage 4.1 einen Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) auszuarbeiten. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 3.1) zu berücksichtigen.
2. ändert den Beschlusspunkt 1 des Einleitungsbeschlusses (Vorlagen-Nummer: 2978/2018) redaktionell wie folgt:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet im Bereich Blaue-Funken-Weg in der Gemarkung Köln, Flur 33, auf dem Flurstück 266 (ehemalige Stadtmauer) sowie in ~~südwestlicher~~ südöstlicher Verlängerung auf dem Flurstück 348 in einer Breite von ca. 12 m und Länge von

ca. 33 m südlich des Blaue-Funken-Weges parallel zum Kartäuserwall mit einer Größe von ca. 700 m² —Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Neustadt/Süd—einzuleiten mit dem Ziel, eine bauliche Erweiterung der Vereinsnutzung festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion gegen die Stimmen von Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln 0621/2019

Auf Nachfrage von RM Herr Götz antwortet Herr Bosse, dass die Beschlussvorlage zum neuen Regionalplan fertiggestellt sei und sich derzeit in der dezernatsübergreifenden Abstimmung befinde. Dem Ausschuss Umwelt und Grün werde sie in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung vorgelegt.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Bosse zur Kenntnis.

7.2 Neue Kölner Statistik 3/2019 - Kraftfahrzeuge 1967/2019

SE Herr Pergande bittet wie beim letzten Mal um eine Aufschlüsselung, wie die Neuzulassungen hinsichtlich des Alters der Halter aufgeteilt seien, um diese mit den Werten der letzten Statistik zu vergleichen. Er regt an, dies zukünftig fortzuführen, um so eine Entwicklung in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten zu prognostizieren und Verkehrsstrukturen zu planen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine Weiterleitung der Frage mit der Bitte um Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Neues IT-System für die Grenzkontrollstelle Flughafen Köln-Bonn 2724/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Kiosk Rheinboulevard
2880/2019**

RM Herr Struwe übt Kritik an der Mitteilung, die im Widerspruch zum Ratsbeschluss stehe. Hier sei ein formaler Aufhebungsbeschluss erforderlich.

RM Frau Welcker stimmt ihrem Vorredner zu. Inhaltlich sei das Thema aber gut aufgearbeitet worden. Sie regt eine neue Beschlussvorlage und eine Zurückstellung der Mitteilung bis dahin an.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahren einverstanden, bittet eine entsprechende Beschlussvorlage auszuarbeiten und stellt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung bis dahin zurück.

**7.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage des RM Kockerbeck im Bauausschuss vom 01.07.2019
hier: Frage des RM Kockerbeck zu einem Gutachten Los 5, südliche Böschung
2483/2019**

SE Frau Lange möchte zur Standsicherheit wissen, wann die Berechnung abgeschlossen ist.

Der Beigeordnete sagt eine Weiterleitung der Frage zu, damit sie schriftlich beantwortet wird.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.6 Planungssicherheit für die Sportvereine – Sicherung des Kunstrasenprogramms
2606/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.7 Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025
2980/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.8 Bußgelderhöhung für das Wegwerfen von Zigarettenkippen
2618/2019**

SB Herr Becker kritisiert, dass es sich um keine klare konsequente Regelung handle. Ein Ermessen werde dem Problem nicht gerecht.

Herr Peschen räumt ein, dass die Verwaltung die Strafhöhen noch aufeinander abstimmen müsse. Anschließend werde man dem Ausschuss berichten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.9 Bilanz der Kommission zur Stärkung der Bezirke 3067/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Mündliche Anfrage von Herrn Feles Bunte Mülleimer mit lustigen Sprüchen

SE Herr Feles kommt auf ein Thema in einer der letzten Ausschusssitzungen zurück, in dem es darum ging, ob die Stadt oder die AWB sich schon mal darüber Gedanken gemacht habe, bunte Mülleimer mit lustigen Sprüchen wie in Berlin aufzustellen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe weist darauf hin, dass er bereits eine ähnlich lautende Anfrage gestellt habe und diese mit Hinweis auf das Gestaltungshandbuch abschlägig beschieden wurde.

Herr Feles möchte seine Anfrage trotzdem beantwortet wissen.

9.2 Mündliche Anfrage von Frau Gerlach Aktion „Einheitsbuddeln“

RM Frau Gerlach merkt an, dass in der BV Nippes zu dieser Aktion eine Dringlichkeitsanfrage gestellt worden sei, die jedoch erst am 19.09.2019 behandelt werde. Sie nennt verschiedene Beispiele von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich an dieser Aktion beteiligen wollen und informiert über die Alexianer Klostergärtnerei, die 10.000 Pflanzen spenden.

Frau Gerlach bittet um Information, an welchen Stellen in der Stadt es möglich sei, am „Einheitsbuddeln“ teilzunehmen.

Herr Dr. Bauer informiert darüber, dass es sich um ein Projekt des Landes Schleswig Holstein handle, das die Einheitsfeiern ausrichte. Die Verwaltung habe bereits viele Anfragen von Kölnern erhalten und darauf hingewiesen, dass Anfang Oktober kein Zeitpunkt sei, Bäume zu pflanzen. Wenn jetzt Spenden vergeben werden, sei dies an private Personen ausgerichtet.

Öffentliche Grünflächen stünden für private Anpflanzungen nicht zur Verfügung. Auch seien die Flächen derzeit sehr rar. Es gebe aber zwei Spendenprojekte - und zwar zum Einen „Ein Wald für Köln“ und zum Anderen das „Straßenbaumkonzept“ - an denen man sich aktiv beteiligen könne.

Nichtsdestotrotz suche die Stadt kleine Flächen, wo Anpflanzungen möglich sind, um sich längerfristig aufzustellen.

9.3 Mündliche Anfrage von Frau Gerlach Initiative „Gießt Köln“

RM Frau Gerlach berichtet von der Initiative eines jungen Mannes, der in dem Bewusstsein, Bäume vor dem Verdursten zu retten, zahlreiche Bürgerinnen und Bürger mit Gießkannen versorgt und sie motiviert hat, Bäume zu gießen.

Da zahlreiche Bäume vom Absterben bedroht seien und gegossen werden müssen, stelle sich die Frage, wieviel Geld pro Baum zur Verfügung stehe und ob es möglich sei, diese Pauschale so zu erhöhen, so dass die alten Bäume erhalten werden können.

Herr Dr. Bauer informiert darüber, dass sehr viel Geld in die Neupflanzung von Bäumen investiert werde, wobei die Kosten für einen Baum, etwa 200 Euro, gar nicht ausschlaggebend seien. Jedoch würden etwa 1.500 Euro in den Standort investiert, um ihn so optimal wie möglich zu gestalten.

Es sei unmöglich und auch nicht nötig alle Bäume zu wässern. Aus diesem Grunde werden Prioritäten gesetzt. Zunächst werden alle neu gepflanzten Bäume bis zum dritten Standjahr gewässert. Ab dem 4. Standjahr gehe man davon aus, dass der Baum sich selbst versorgen könne, was bei normalen Witterungsverhältnissen auch der Fall sei.

In den letzten 2 Jahren habe man ein Konzept erarbeitet und in diesem Jahr verfeinert und Bäume im 4. und 5. Standjahr und Bäume auf Extremstandorten (Tiefgarage, Kübel etc.) von der Feuerwehr und dem Grünflächenamt gewässert. Hierbei habe die RheinEnergie die Stadt mit 25 Standrohren ohne Zähler unterstützt.

Das Grünflächenamt habe diese Standrohre an Initiativen und Patenschaften wie diese von Frau Gerlach angesprochene Initiative verteilt. Dem jungen Mann sei für zwei Tage ein Gärtnermeister zur Seite gestellt worden, der die Gruppe vor Ort über die zu gießenden Bäume informiert habe.

Herr Dr. Bauer fasst zusammen, dass kein Budget vorhanden sei, um Bäume zu gießen, weil man davon ausgehe, dass die Bäume sich langfristig selber erhalten. Im Frühjahr nächsten Jahres werde man dem Ausschuss eine Bilanz über die Schäden an Bäumen vorlegen.

9.4 Mündliche Anfrage von Herrn Brust Japanischer Staudenknöterich in der Raderberger Brache

RM Herr Brust berichtet, er sei von einem Anwohner angeschrieben worden, der ihn über das starke Ausbreiten des Japanischen Staudenknöterichs in der Raderberger Brache informiert habe. Er möchte wissen, ob und wenn ja, was die Verwaltung dagegen unternimmt.

Herr Dr. Bauer sagt eine schriftliche mit der Umweltverwaltung abgestimmte Stellungnahme zu.

9.5 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach Abrufquoten für Fassaden- und Dachbegrünung (Grün hoch 3)

SB Herr Dr. Albach fragt, wie hoch die Abrufquoten für das Projekt Grün hoch 3 seien.

Herr Peschen nimmt Stellung und informiert darüber, dass das Programm im Herbst 2018 gestartet sei und viele der Maßnahme jetzt durchgeführt werden. Inzwischen seien eine Vielzahl, etwa 100, von kleineren Anträgen beschieden worden. Zugesagt, aber noch nicht verausgabt seien rund 220.000 Euro. In den nächsten Monaten werden etwa 150.000 Euro für zwei, drei größere Akteure zu Buche schlagen.

Herr Peschen bewertet es positiv, dass viele Bürgerinnen und Bürger und auch Vereine mitziehen, da der Effekt, die Nachbarschaft mitzunehmen, groß sei.

Gleichzeitig werde man jetzt zusammen mit dem Stadtplanungsamt die Fassadenbegrünung in Angriff nehmen.

Zusammenfassend könne man von einer steigenden Bereitschaft, Anträge zu stellen, sprechen, wie auch die Veranstaltung am 07.09.2019 gezeigt habe, die man zusammen mit der Oberbürgermeisterin durchgeführt habe. Letztendlich gehe es darum, in der Öffentlichkeit, bei Architekten, Investoren und Planern, Sensibilität für die Bedeutung von Grün in der Stadt zu schaffen.

Die nächste Strategie sei die Beteiligung der Bezirksvertretungen.

9.6 Mündliche Anfrage von Frau Lange Überwachung der Luftqualität durch das LANUV

SE Frau Lange möchte wissen, weshalb die Tabelle zur Jahresauswertung nach der Luftqualitätsrichtlinie der EU für den Neumarkt nicht mehr im Bericht des LANUV enthalten sei.

Herr Peschen antwortet, dass die Monatswerte, die das LANUV für 4 Standorte abbilde, jederzeit nachvollzogen werden können. Es handle sich um den Clevischen Ring, die Turiner Straße und die beiden Hintergrundstationen in Chorweiler und Rodenkirchen. Für die anderen Messstationen werden die Werte herausgegeben, die aus Sicht des LANUV valide seien. Er werde dies aber nochmal beim LANUV in Erfahrung bringen und dann im Ausschuss dazu berichten.

9.7 Mündliche Anfrage von Frau Lange Urteil des Oberverwaltungsgerichtes

SE Frau Lange fragt nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum Luftreinhalteplan

Beigeordneter Herr Dr. Rau informiert darüber, dass das Oberverwaltungsgericht in Münster den Luftreinhalteplan für unrechtmäßig erklärt habe. Allerdings habe es im Gegensatz zum Verwaltungsgericht Köln kein zonales Fahrverbot für Diesel ausgesprochen, sondern es sei zu prüfen, ob die Fahrverbote an 4 Streckenabschnitten ausreichend seien.

Die Oberbürgermeisterin habe heute eine Pressemitteilung mit der Stellungnahme der Stadt veröffentlicht.

Aus seiner Sicht sei dieser Urteilspruch ein Mut machender Impuls an die Stadt Köln, mit großem Ehrgeiz eine echte Verkehrswende in Angriff zu nehmen.

Das Urteil lasse eine Revision zu, die dann zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gehe. Dort sei ja bereits das Wegweisende Grundsatzurteil gefällt worden.

Die Entscheidung der Bezirksregierung sei jetzt abzuwarten.

Auf Nachfrage von RM Herrn Brust zur ergänzenden Beschilderung erläutert Herr Pechen, dass einerseits die Umweltzone im Bereich Bergisch Gladbacher Straße und in Niehl bereits angepasst und entsprechend ausgeschildert worden sei. Andererseits sei man auf ein anders lautendes Urteil vorbereitet gewesen.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)